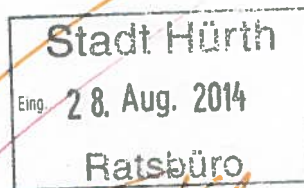


FDP-Piraten Fraktion
im Rat der Stadt Hürth
Friedrich-Ebert-Str. 40
50354 Hürth



25.08.2014



An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Planung, Umwelt und Verkehr
Herrn Herbert Verbrüggen
Friedrich-Ebert-Str. 40
50354 Hürth

Antrag für den Planungsausschuss am 16.09.2014
ÖPNV-Konzept

Sehr geehrter Herr Verbrüggen,

wir bitten folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des
Planungsausschusses am 16. September 2014 aufzunehmen:

Beschlussentwurf:

- 1.) Die Verwaltung erarbeitet ein ÖPNV-Konzept. Dabei soll insbesondere das
Zusammenspiel von Bus und Bahn berücksichtigt werden.

Begründung:

In der letzten Ratssitzung wurde eine Taktverdichtung in den Abendstunden beschlossen.
Dies führt zu Mehrkosten und die Gegenfinanzierung ist nicht klar. Weitere
Taktverdichtungen könnten sinnvoll sein, aber diese sollten in einem Gesamtkonzept und
nach Diskussion und mit Beschlussfassung im zuständigen Fachausschuss erfolgen. Die
gesamte Diskussion soll auch der städtischen Finanzsituation angepasst sein. Vieles ist
sicherlich sinnvoll, aber wahrscheinlich eher weniger finanzierbar. Uns stellt sich auch die
Frage, ist der Ausweitung des Stadtbusses (Liniennetz, Fahrten sonntags) sinnvoller als eine
Taktverdichtung der Linie 18?

Wie wichtig ist ein gemeinsamer Knotenpunkt zwischen Straßenbahn, Regionalbahn und
Stadtbahn.

In diesem Zusammenhang ist auch eine Verlängerung der Linie 18 zum zentralen
Omnibusbahnhof zu diskutieren. Uns stellt sich die Frage, ob die Zuschusshöhe und
Unterhaltskosten gleich geblieben sind.

Viele Informationen dürften der Verwaltung vorliegen. Nach der Kommunalwahl sitzen in
den Ausschüssen neue politische Vertreter. Hier ist es ebenfalls sinnvoll, bisher geleistetes
aufzuzeigen.

Wir lehnen die Vorgehensweise von der Fraktion der Grünen ab, die Einzelanträge zum ÖPNV ohne Vorberatung im Fachausschuss direkt im Rat stellen. Dies ist für den ÖPNV nicht zielführend. Auch den Verweis einer späteren Gegenfinanzierung im Rahmen des Wirtschaftsplans der AÖR halten wir für unseriös, da keine konkrete Maßnahme bisher bekannt ist.

Zudem sind wir von vielen Bürgern auch hinsichtlich ihrer Wahlentscheidung auf dieses Thema angesprochen worden. In diesem Sinne sollten die politischen Parteien sich hierzu im Ausschuss positionieren.

gez. Saleh Mati